

URHEBERRECHTLICHER HINWEIS

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden. Jede Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 45 bis 63 Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

© Axel Gauster/Nell-Breuning-Haus

**Sende-Manuskript (Journalist und Autor: Axel Gauster)
Interview (Radiofeature) mit Dr. Manfred Körber
in Arles/Frankreich 25. August 2022**

Sprecher

Dr. Manfred Körber ist Geschäftsführer des Nell-Breuning-Haus aus Herzogenrath. Im Rahmen des EZA-Seminars „Der europäische Green Deal – Risiko und Chance für Arbeitnehmer*innen durch Transformation“ referiert er am 25. August in Arles über die Transformationen im rheinischen Revier. Für das rheinische Braunkohlerevier um Garzweiler II ist eine Lösung gefunden. Kohleausstieg im Jahre 2030 – 8 Jahre früher als geplant, das kleine Dorf Lützerath wird abgebaggert, dafür bleiben fünf weitere Dörfer bestehen, der Hambacher Forst ist gerettet. Jetzt geht es um den Strukturwandel in dieser Region. Sind damit alle Konflikte Vergangenheit?

Dr. Manfred Körber

Es gibt dauerhaft neue Konflikte. Die Konflikte, die sich im Moment in der Tagebauregion auftun, haben mit der Frage zu tun, wie viel Kohle muss noch abgebaggert werden. Also das Stichwort „alle Dörfer bleiben“ ist in dem Zusammenhang zu erwähnen. Nämlich die Position, dass keine weiteren Enteignungen und kein weiteres Abbaggern von Dörfern notwendig ist, um die Energiesicherheit auch jetzt in der Kriegsphase zu gewährleisten. Darüber hinaus ist es natürlich so, dass die unterschweligen Konflikte, die über viele Jahre die Region kennzeichnen, natürlich auch immer wieder aufbrechen. Viel Unversöhntes ist nach wie vor da. Und es muss so zu sagen dauerhaft bearbeitet werden. Und wir von einer Versöhnung, einer Aussöhnung sicherlich noch weit entfernt sind.

Sprecher

Sie haben in ihrem Vortrag drei Punkte hervorgehoben. Erstens Umsiedlung. Zweitens Klimakonflikt. Drittens Arbeit contra Umwelt. Da gäbe es zum Beispiel einen Gutachterstreit.

Dr. Manfred Körber

Die Umsiedlung ist klar. Da gehen wir davon aus, dass die abgeschlossen ist. Im Bereich des Klimakonfliktes sind wir sicherlich auch so weit sagen zu können, dass da der Ausstiegspfad beschritten wird. Und das Thema der Arbeitsplätze ist insofern etwas strittig, als das es sicherlich keine große Thematik ist, was die Arbeitsplätze bei RWE selbst angeht. Sondern die Frage nach den Folgen. Die Energieregion hat auch immer Industrien angezogen, die sehr energieintensiv sind. Wie zum Beispiel die Chemie- und

Papierindustrie. Und da ist natürlich das Problem: Wie ist so zu sagen die Energiesicherheit für diese Industrie in Zukunft zu gewährleisten. Und wie hoch ist der Arbeitsplatzeffekt dieser Industrie für die Zukunft der Region einzuschätzen.

Sprecher

Die so genannte Kohlekommission hat insgesamt 40 Milliarden Euro für Strukturmaßnahmen in den Kohlerevieren bereit gestellt.

Dr. Manfred Körber

Bundesweit für drei Regionen. Wovon 15 Milliarden Euro in der Aachener Region ankommen werden. Und die haben halt zur Folge, dass sich eine ganz eigene Struktur aufbaut. Das hat auf der einen Seite natürlich Vorteile, indem es so zu sagen eine eigene Gewichtung gibt, wie die Region entwickelt werden soll. Auf der anderen Seite entwickelt sich damit aber auch eine eigene, neue bürokratische Ebene. Die auch wieder die Gefahr der Bürgerferne in sich trägt. Die auch die Gefahr in sich trägt, wer sie eigentlich kontrolliert.

Sprecher

Nun geht es natürlich auch um einen christlich-sozialen Blick auf die Ereignisse. Werden die Menschen informiert über die Möglichkeiten, die es hier in Zukunft geben kann?

Dr. Manfred Körber

Ich glaube, dass Problem ist komplizierter. Zum Einen könnte eine christliche Perspektive darin bestehen – zumindest verstehen wir vom Nell-Breuning-Haus es so, dass wir auf den Dialog setzen, den Dialog unterschiedlicher Interessenpartner fördern, damit wir gemeinsam sehr viel bewegen im Strukturwandel. Zum Beispiel von Gewerkschaften, von Umweltbewegungen, von Landes- und Bundesebene. Der andere Punkt, wie die Bürger mit genommen werden auf die Zukunftsentwicklung – das ist schwieriger. Weil wir gar nicht genau wissen, wie diese Zukunftsentwicklung aussieht. Und das ist eine verschränkte Geschichte zwischen: wohin entwickeln sich eigentlich die Bedürfnisse der Menschen und wohin entwickeln sich die Produkte. Und da braucht es auch ein Zusammen gehen zwischen dem, was so zu sagen das neue Leben ist und was die neue Arbeit ist. Und da braucht es Initiativen, die das zusammen denken. Und die haben wir – meiner Ansicht nach – in der Region noch viel zu wenig. Wir setzen zu wenig auf soziale Innovation. Und als christliche – wenn man so will - Akteure brauchen wir – glaube ich – ein klares Bekenntnis dazu, auch diese soziale Innovation voran zu treiben. Das haben wir ja hier in der europäischen Diskussion auch noch einmal gemerkt, wie wichtig der soziale Dialog ist.

Sprecher

Es gibt ja schon lokale, technische Innovationen zur alternativen Energieerzeugung. Zum Beispiel ein Solarenergiepark der Stadt Herzogenrath.

Dr. Manfred Körber

Das ist der Versuch einer Stadt autark zu werden in der Energieversorgung. Und das scheint ja auch weitgehend zu gelingen. Es hat natürlich nicht jede Stadt diese Möglichkeiten. Aber das Bestreben dahin ist natürlich sehr interessant zu sagen: Wir müssen von diesen Großtechnologien langfristig wegkommen. Das ist ja sowieso die ganze Diskussion, die sich hinter dem Green Deal – wenn es um Energie geht – verbirgt. Die Zeit der großen Kraftwerke muss eigentlich vorbei sein. Wir brauchen zunehmend

dezentrale Lösungen. In diese Richtung muss die Debatte weiter geführt werden. Läuft ja auch. Und da – finde ich – ist es gut, wenn die Kommunen da zu einem wichtigen Akteur werden und sich Gedanken darüber machen, wie ihre eigene Versorgungssicherheit auch mit den Industriebetrieben, auch mit den Gewerbegebieten, die sie vor der Türe haben, dann eben aussehen kann.

Sprecher

Nach dem Ergebnis der Kohlekommission im Jahre 2019 haben sich die Sprache und der Umgang verbessert. Es ist kooperativer und es gibt den Blick auf die Zukunft. Ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in Bulgarien und Rumänien.

Dr. Manfred Körber

In Rumänien und Bulgarien gibt es kein Enddatum. Da ist ein Enddatum vorgegeben worden. Das ist denen diktiert worden. Sie sagen: „Das wird uns von Brüssel diktiert“. Und die nationale Politik nimmt das halbherzig an. Oder sagt: „Ja gut. Brüssel sagt das – wir müssen das machen“. Und das ist natürlich ein Unterschied zu dem, wie man es in Deutschland gemacht hat. Das man in einem langen Prozess fest gelegt hat: „Das ist jetzt das Ausstiegsdatum“. Das ist – so zu sagen – von vielen gesellschaftlichen Akteuren, Parteien, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Gewerkschaften miteinander verhandelt worden. Und damit habe ich natürlich eine ganz andere Basis. Auch die Wissenschaft hat ja in Deutschland - so zu sagen – dazu beigetragen zu sagen: „OK. Das ist jetzt eine Planungsgröße. Das ist eine Planungsgrundlage. Damit kann jetzt gearbeitet werden“. Und davon sind diese Länder – was wir hier von Bulgarien und Rumänien gehört haben – noch Lichtjahre entfernt.

